Stand: 02.05.2025 03:27:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7683

"Für eine verantwortungsvolle Asylpolitik nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7683 vom 21.07.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7747 vom 22.07.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 22.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.07.2015 **Drucksache 17/7683**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Für eine verantwortungsvolle Asylpolitik nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien!

Der Landtag wolle beschließen:

Mit Blick auf den Kabinettsbeschluss vom 20. Juli 2015 wird die Staatsregierung aufgefordert, unverzüglich von Maßnahmen und Forderungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik Abstand zu nehmen, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen und humanitären Prinzipien, demokratischen Entscheidungsprozessen und politischen Vereinbarungen von Bund und Ländern stehen.

Begründung:

Eine faire und verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik sieht sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, humanitäre Werte und Ansprüche mit Fragen der praktischen Umsetzbarkeit in Einklang zu bringen. Vor dem Hintergrund dieser Abwägung ist auch die Frage erlaubt – ja sogar notwendig – mithilfe welcher (auch regulierender) Maßnahmen man die derzeit verhältnismäßig hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland und Bayern in den Griff bekommen kann. Hierfür haben sich Bund und Länder in einer Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 18. Juni 2015 auf ein umfassendes, differenziertes Aktionsprogramm geeinigt.

Dass die Staatsregierung diese Einigung nun selbst als „Richtschnur“ für die am 20. Juli 2015 im Ministerrat beschlossenen Maßnahmen und Forderungen bezeichnet und im selben Atemzug Schritte benennt, die teilweise im eklatanten Widerspruch dazu stehen, ist u.E. an Perfidie kaum zu überbieten. So fordert der Freistaat unter anderem, „unverzüglich grenznahe Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit einzurichten“, in denen zum Sachleistungsprinzip zurückgekehrt werden soll und eine Abschiebung in einem rechtsstaatlich äußerst fragwürdigen und praktisch kaum zu realisierenden Schnellstverfahren stattfinden soll. Unübertroffen zynisch spricht die Staatsregierung in diesem Zusammenhang von „sofort einsetzender Beratung zur freiwilligen Ausreise“. Hiermit verlässt die Staatsregierung den Boden zuvor getroffener politischer Vereinbarungen und setzt sich bewusst über demokratische Entscheidungsprozesse hinweg. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die genannten Bund-Länder-Vereinbarungen vom 18. Juni 2015, sondern auch auf den im vergangenen Jahr von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten „Asylkompromiss“.

Die Pläne der Staatsregierung konterkarieren somit etliche der Fortschritte, die die Bundesregierung – mit Zustimmung der CSU – in den vergangenen Monaten durchsetzen konnte (Arbeitserleichterungen, Lockerung der Residenzpflicht, Verbesserung der Integrationsmaßnahmen etc.). Schlimmer noch: Sie bewirken ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens und des Gegeneinanders, nicht nur zwischen Aufnahmegesellschaft und Flüchtlingen (bzw. Asylbewerberinnen und Asylbewerbern), sondern auch zwischen den unterschiedlichen Flüchtlings- und Asylbewerbergruppen. Damit steht zu befürchten, dass das von der Staatsregierung seit Monaten herbeigeredete „Kippen“ der gesellschaftlichen Stimmung nun endgültig zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden könnte, was nicht zuletzt auch ein Schlag ins Gesicht all jener ist, die sich nach wie vor freiwillig und mit großem Einsatz in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit engagieren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.07.2015 **Drucksache 17/7747**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**7683**

Für eine verantwortungsvolle Asylpolitik nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Christine Kamm
Abg. Michael Hofmann
Abg. Thomas Kreuzer
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Angelika Weikert
Abg. Hubert Aiwanger
Ministerpräsident Horst Seehofer
Abg. Margarete Bause
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Dr. Florian Herrmann
Abg. Markus Rinderspacher

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundsätze des internationalen Flüchtlingsrechts beachten (Drs. 17/7675)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU)
Jetzt umsteuern: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit schaffen! (Drs. 17/7676)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine verantwortungsvolle Asylpolitik nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien! (Drs. 17/7683)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Asylpolitik - Dringende Maßnahmen in Bayern jetzt gezielt umsetzen! (Drs. 17/7684)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wollen wir? – Wir wollen die rechtsstaatlichen Grundsätze unseres Asylsystems wahren und achten, auch im Hinblick auf verfolgte Roma und andere Minderheiten. Wir wollen gemeinsam handeln, um die Not vieler Flüchtlinge zu lindern und diesen zu helfen. Hierüber sind wir uns mit unendlich vielen Menschen in den Hel-

ferkreisen, mit unendlich vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und mit sehr vielen engagierten Menschen in den Bezirksregierungen einig. Ein ganz herzliches Dankeschön all ihnen für diese engagierte Arbeit; denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir auch alle gemeinsam wollen, sind schnellere Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Was brauchen wir dafür? – Dafür brauchen wir auch endlich ein geordnetes Erstaufnahmesystem und geordnete Asylankunftszentren. Wie sieht die Situation aus? - 2009 haben wir beantragt, die beiden Einrichtungen Zirndorf und München zu entlasten. Seit letztem Jahr heißt es Gott sei Dank, dass wir in allen Regierungsbezirken eine geordnete Erstaufnahmeeinrichtung bekommen müssen. Deggendorf ist jetzt endlich in Betrieb gegangen, und Schweinfurt wird wohl, wie es heißt, im September ordnungsgemäß in Betrieb gehen. An anderen Standorten gibt es ein ewiges Hin und Her, ein ewiges Umplanen. Erst wollten die Kommunen vorangehen. Beispielsweise sind Vertreter der Stadt Augsburg sofort nachdem der Beschluss vorlag, dass in Schwaben eine Erstaufnahmeeinrichtung her soll, nach Zirndorf gefahren und haben sich gemeinsam mit der Sozialverwaltung und der Bauverwaltung usw. informiert, was getan werden muss, und wollten anfangen zu planen. Dann hieß es: Nein, die Stadt soll nicht planen; die Regierung soll planen. Bis heute sieht man keinen Bagger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in Bayreuth gibt es ein ewiges Hin und Her und ein ewiges Umplanen. Dort, wo man handeln und Aufnahmezentren schaffen müsste, wird nach Strich und Faden Zeit vertrödelt und verzögert.

Die Kommunalpolitiker vor Ort sind ärgerlich darüber. Die Folge davon, dass Sie die Erstaufnahmeeinrichtungen nicht auf den Weg bringen, spüren natürlich die Kommu-

nen. So gibt es zahllose Umnutzungen vorhandener Gemeinschaftseinrichtungen zu provisorischen Bettenlagern für das Erstaufnahmesystem.

Hier gilt es zu handeln. Sie aber lenken mit Ihren Anträgen davon ab, Sie verzögern, und Sie handeln nicht rechtzeitig. Sie sagen vielmehr: Wir brauchen jetzt neue Lager an den Außengrenzen. – Das ist nicht in Ordnung. Sie sollten handeln, Sie sollten Ihren Job richtig machen und nicht versuchen, Ressentiments zu schüren. Sie sollten nicht Minderheiten ausgrenzen und stigmatisieren, um von Ihren Handlungsdefiziten abzulenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses, wir müssen alle gemeinsam alles dafür tun, um Brandstiftern keinen Vorschub zu leisten. Wir dürfen den Grundkonsens in unserer Gesellschaft, Flüchtlingen helfen zu wollen und Not lindern zu wollen, nicht durch diese Debatten gefährden.

Wenn man das Problem, das in der Tat da ist, nämlich dass relativ viele Menschen aus den Balkanländern zu uns kommen, lösen möchte, dann muss man natürlich nach den Ursachen für die Flucht fragen. Man muss überlegen, warum auf einmal so viele Menschen aus den Balkanstaaten kommen. Um das herauszufinden, könnte man sich einfach einmal mit den Flüchtlingen unterhalten.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was glauben Sie denn, was wir tun?)

Dann wird man feststellen, dass diese Menschen über die Zustände in ihrem Land außerordentlich verzweifelt sind und dass sie sehr viel Korruption erleben. Wenn sie versuchen, ein kleines Unternehmen zu gründen, müssen sie sofort Schutzgeldzahlungen leisten. Das Justiz- und Polizeisystem funktioniert nicht. Wir müssen wesentlich mehr als in der Vergangenheit tun, um zu erreichen, dass in allen europäischen Ländern endlich rechtsstaatliche Minimalstandards gelten, die die Menschen schützen. Darüber hinaus muss wirtschaftliche Aufbauhilfe geleistet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten einen wunderbaren Antrag von der SPD in der letzten Sitzung des Europaausschusses, in dem es hieß, Bayern solle mit einem Land der Balkanstaaten engere Wirtschaftsbeziehungen knüpfen, und zwar mit der Zielsetzung, die wirtschaftliche Entwicklung dort voranzubringen. Solche Ansätze sind weiterzuverfolgen, in dieser Hinsicht müssen wir etwas tun.

Es ist allerdings noch mehr zu tun. So könnte durch Bayern eine Bildungsoffensive in diesen Ländern initiiert werden. Niemand hindert uns daran, so etwas zu tun. Das wären richtige Schritte, um den Menschen in diesen Ländern mehr Hoffnung zu geben. Es wäre wichtig, die Ausbildung von jungen Menschen in diesen Ländern zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, hören Sie zu! Auch Sie waren gestern auf dem wunderbaren Empfang in Schleißheim. Was erzählen mir dort Ehrenamtliche? – Sie erzählen mir, dass ein junger Mann aus dem Kosovo einen Ausbildungsplatz hat, er aber wegen der Ausweitung Ihrer Drittstaatenregelung und Ihrer Arbeitsverbotspolitik diese Ausbildungsstelle nicht antreten kann. Wie dumm ist das denn? Wir müssen erreichen, dass die jungen Leute anständig ausgebildet werden, um diese Länder voranzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden niemanden davon überzeugen können, dass er bloß deshalb, weil er im Kosovo, in Albanien oder in Mazedonien geboren ist, mit einem Leben unterhalb des Existenzminimums zurechtkommen muss. Die Menschen werden immer wieder kommen, egal wie oft Sie sie abschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Ich finde, man kann durchaus auch von den Roma, die zu uns kommen, einiges lernen. Sie haben nämlich sehr viel Familiensinn und kümmern sich sehr um ihre Familien. Das, was die jungen Leute wollen, ist im Wesentlichen, ihre Familien zu unterstützen. Sie wollen mit ihrer Arbeit etwas leisten. Das würden sie gerne machen. Ein Bürgermeister aus Mindelheim sagte: Es spricht nichts dagegen, jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an Einwanderern aus den Balkanstaaten aufzunehmen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie viele nimmt er denn?)

Unsere Region braucht Arbeitskräfte, gerne auch aus dem Kosovo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur wenn wir das Problem lösen und diesen Menschen eine Zukunft eröffnen, die Möglichkeit eröffnen, Geld in ihrem Land zu verdienen, nur wenn wir ihnen durch eine partielle Einwanderungslösung weiterhelfen, nur dann werden wir sie aus unserem Asylsystem herausbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Hofmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kamm, es eint uns der Gedanke, dass wir Menschen, die Asylbewerber sind bzw. unter das Asylgesetz fallen, bestmöglich betreuen und schützen müssen. Ich habe aber eine Frage im Zusammenhang mit den Menschen, die aus bestimmten Ländern kommen und sich nicht auf Asyl und Flüchtlingsschutz berufen können. Sie haben konkret den Balkan angesprochen. Sie haben erzählt, dass die Menschen erklären, sie würden unter Korruption leiden. Stellen Sie sich tatsächlich vor, dass die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union in der Lage sind, die Korruption in den einzelnen Ländern zu beenden? Wie stellen Sie sich konkrete Maßnahmen vor? Stellen Sie sich vor,

dass die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel Polizisten in andere Länder schickt?

(Verena Osgyan (GRÜNE): Das ist doch europäische Politik!)

- Moment, Frau Kollegin. - Der entscheidende Punkt ist: Ich höre immer nur Überschriften, mich interessiert aber das Kleingedruckte in diesem Zusammenhang.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Lassen Sie bitte den Kollegen ausreden.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie sprechen davon, dass wir ein bestimmtes Kontingent aufnehmen sollen. Auch das haben wir immer wieder angesprochen. Nennen Sie doch bitte einmal Zahlen und Fakten. Was genau möchten Sie tun? Wann wollen Sie Flüchtlinge aus dem Kosovo nicht mehr aufnehmen? Wenn die Zahl von 10.000, 15.000 oder 20.000 Flüchtlingen überschritten ist? Wie bewerten wir dann letzten Endes die einzelnen Schicksale? Geht es nach dem Motto: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst? Oder geht es danach, wer das schlimmere Schicksal hat? Sie sind mir leider Gottes zu wenig konkret.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich möchte auf zwei Punkte antworten. Der eine Punkt betrifft die Verbesserung des Polizei- und Justizsystems in den Ländern, die alle EU-Beitrittskandidaten sind. Dazu kann Ihnen sicherlich unsere Europaministerin einiges erzählen. Es gibt Bemühungen seitens der Europäischen Union, Verbesserungen zu bewirken, die aber leider überhaupt nicht ausreichend sind. Da muss wirklich wesentlich mehr gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Was ist denn ausreichend?)

- Ausreichende Bemühungen bedeutet, dass die Korruption deutlich eingedämmt wird. Leider ist das momentan nicht der Fall.

(Zuruf von der CSU: Wie denn?)

Ausreichende Bemühungen bedeutet, dass jemand, der ein kleines Geschäft errichtet, nicht damit rechnen muss, dass es sofort abgefackelt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, wir halten hier keine Zwiesprache. Frau Kollegin Kamm hat das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Man kann sich über Maßnahmen sehr lange unterhalten, aber ich glaube, das geht über den Rahmen dieser Debatte hinaus.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Das können wir gerne tun. Das können wir demnächst im Europaausschuss intensivieren.

Der zweite Punkt ist: Wie viele Kosovaren, Albaner oder Roma sollen zu uns kommen dürfen? Wenn Sie der Meinung sind, dass wir ein Einwanderungsgesetz brauchen und eines vorlegen wollen, dann sollten wir uns gemeinsam auch mit den Wirtschaftskammern darüber unterhalten, welche Größenordnung die Einwanderung haben sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Logischerweise muss sich ein solches Einwanderungsgesetz an humanitären Grundsätzen und auch an unserer Aufnahmefähigkeit und an unserem wirtschaftlichen Bedarf orientieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die wesentlichen Komponenten. Sagen Sie Ja dazu, und dann machen wir ein wunderbares Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Kreuzer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es bei einem Thema keine Zweifel daran gibt, dass die Zahlen Bände sprechen, dann ist es die aktuelle Flüchtlingssituation. Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Jeden Tag kommen wohl 40.000 dazu.

Frau Kollegin Kamm, in dieser Situation kann es doch gar nicht infrage stehen, dass wir die Bemühungen im Rahmen der Entwicklungshilfe in Afrika und der gesamten Dritten Welt intensivieren, aber natürlich auch auf dem Balkan entsprechende Hilfe leisten. Dazu muss ich allerdings zwei Anmerkungen machen:

Erstens. Gerade auf dem Balkan hat sich die Europäische Union bereits in hohem Maße engagiert. Enorme Gelder sind dorthin geflossen. Aber dies hat bisher nicht gewirkt.

Zweitens. Selbst wenn wir unsere diesbezüglichen Bemühungen intensivieren, werden sich dort Verbesserungen – wenn sie denn überhaupt eintreten – erst mittelfristig oder gar langfristig, auf keinen Fall aber kurzfristig einstellen.

Wir müssen erkennen, dass wir, wenn sich die Situation nicht bald ändert, nicht in ein paar Jahren, sondern schon in ein paar Monaten, insbesondere im kommenden Winter, vor riesigen Problemen stehen werden. Vor diesem Hintergrund sind Ihre Ansätze, Frau Kamm, überhaupt nicht geeignet, das Problem zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz ist völlig daneben. Sie glauben doch wohl nicht, dass auch nur ein Einziger weniger käme, wenn wir 10.000 oder 20.000 Menschen mehr legal einwandern ließen. Alle anderen – vielleicht sogar noch mehr als bisher – werden natürlich den Weg im Rahmen des Asylrechts wählen. Mit einem Einwanderungsgesetz bekommen wir das Problem, das wir haben, zahlenmäßig nicht in den Griff. Dieser Vorschlag ist nur eine Ablenkung von den wahren Problemen, vor denen wir stehen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Probleme sind enorm. Stellten 2008 noch 20.000 Flüchtlinge einen Asylantrag in Deutschland, so waren es 2014 schon mehr als 200.000. Für das Jahr 2015 erwarten wir mindestens 500.000; wahrscheinlich werden es mehr sein. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr! Anders formuliert: Nach Deutschland kommen in diesem Jahr so viele Flüchtlinge, wie die Stadt Nürnberg Einwohner hat. Wenn sich die Zahlen so weiterentwickeln – sie werden sich so weiterentwickeln, wenn wir nichts unternehmen –, bekommen wir im nächsten Jahr 800.000 oder gar 1 Million Asylsuchende. Viele von ihnen kommen zur Erstaufnahme nach Bayern, und ein sehr großer Anteil bleibt auch hier.

Derzeit sind 9.230 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in Bayern untergebracht – fast dreimal so viele wie vor einem halben Jahr. Ich wiederhole: In einem halben Jahr hat sich eine Steigerung auf das Dreifache ergeben. Wir in Bayern müssen die Hälfte der unbegleiteten Minderjährigen der gesamten Bundesrepublik Deutschland versorgen.

Es ist nicht zu bestreiten: Unser Asylsystem hat in jeder Hinsicht organisatorisch, personell und finanziell die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Das sagen uns Landräte und Bürgermeister jeden Tag. Das sagen mittlerweile aber auch viele ehrenamtlich engagierte Flüchtlingshelfer. Sie sehen, dass es so nicht weitergeht. Ich möchte diesem

Personenkreis auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich danken. Aber auch sie stoßen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Es hilft nicht, Betroffenheit zu erzeugen und sich der Realität zu verweigern. Wir müssen die Probleme deutlich ansprechen und zu lösen versuchen. Damit ist den schutzbedürftigen Flüchtlingen mehr geholfen als mit reiner Betroffenheitsrhetorik, da diese an ihrer Situation nichts ändert.

Vor diesem Hintergrund haben wir vier zentrale Ziele formuliert: Den wirklich Schutzbedürftigen müssen wir Schutz gewähren. Wir müssen massenhaften Missbrauch des Asylrechts verhindern. Wir müssen kriminelle Schleuserbanden bekämpfen. Wir dürfen unsere Kommunen und die Menschen, die in den Kommunen leben, mit diesem Problem nicht überfordern.

Deshalb sind wir entschlossen, verantwortungsbewusst zu handeln. Für uns steht außer Frage: Jeder Mensch, der verfolgt wird und um Leib und Leben fürchten muss, wird bei uns Zuflucht finden. Das darf auch am Geld nicht scheitern. Unser Asylrecht gewährleistet individuellen Grundrechtsschutz. Es ist das wirksamste Asylrecht auf der ganzen Welt. Wir haben es geschaffen, weil wir Lehren aus der Geschichte gezogen haben; denn in früheren Zeiten mussten auch aus unserem Land viele Menschen fliehen. Wir wollen an unserem Asylrecht festhalten – für Schutzbedürftige, für Menschen, die verfolgt sind.

(Beifall bei der CSU)

Aber derzeit fällt nur rund ein Drittel der Flüchtlinge in diese Kategorie. Alle anderen kommen zu uns, weil sie ein besseres Leben suchen.

Es stimmt eben nicht, dass 50 % hierbleiben dürfen. Ich habe mir die Zahlen des Bundesamtes für die Monate Januar bis Mai noch einmal angeschaut: 38 % der Anträge sind abgelehnt worden. Zählen wir die wegen Aussichtslosigkeit zurückgenommenen

Asylanträge und die Anträge, die wegen des Dublin-Verfahrens in einem anderen Mitgliedstaat zu bearbeiten sind, hinzu, kommen wir auf fast zwei Drittel. Lediglich ein gutes Drittel der Antragsteller bekommt hier ein Bleiberecht zugesprochen. Das sind die wahren Zahlen, nicht etwa 50 % oder sogar noch mehr. Wir müssen von den realen Zahlen ausgehen, die uns die Behörden liefern.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen müssen auch der Kosovo, Albanien und Montenegro dringend als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Allein zwischen Ende Dezember 2014 und Mitte Februar 2015 sind rund 25.000 Menschen aus dem Kosovo nach Deutschland gekommen und haben Asyl beantragt. Im Februar dieses Jahres stand das Kosovo bundesweit an erster Stelle der Herkunftsländer, weit vor dem Bürgerkriegsland Syrien.

Auch aus den beiden anderen Westbalkanstaaten stellen immer mehr Menschen einen Asylantrag, seit die Visumpflicht abgeschafft worden ist. Im April kamen fast 20 % aller Asylantragsteller aus Albanien. Albanien war somit das zugangsstärkste Herkunftsland der ganzen Welt.

Und wie sich die Zahlen entwickeln: Während die Zahl der Erstantragsteller aus Albanien im Jahr 2010 noch bei 39 lag, stieg sie im Jahr 2014 auf 7.865. Die Menschenrechtssituation in Albanien hat sich in dieser Zeit nicht verschlechtert; auch das will ich feststellen.

Die Anerkennungsquote für Antragsteller aus den drei Balkanstaaten liegt nahezu bei null. Niemand kann doch die Augen davor verschließen, dass unser Asylsystem hier systematisch missbraucht wird. Dies müssen wir abstellen. Das sind, streng genommen, keine Flüchtlinge. Kaum jemand, der aus dem Balkan zu uns kommt, wird ernstlich davon ausgehen, dass er auf Dauer hierbleiben könne. Er weiß, dass er nach unseren Rechtskategorien nicht als Verfolgter gilt.

Wir dürfen nicht nach Kategorien von Flüchtlingen unterscheiden, sondern wir müssen entscheiden, ob jemand Flüchtling ist oder aus anderen Gründen zu uns kommt. Die Menschen aus dem Balkan kommen aus anderen Gründen zu uns.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil wir den Menschen, die von Krieg und Terror traumatisiert sind, helfen wollen, müssen wir den Asylmissbrauch unterbinden. Wir müssen verhindern, dass die Zahl derjenigen, die unbegründet einen Asylantrag stellen, ins Unermessliche steigt.

Mit der Einstufung von Albanien, dem Kosovo und von Montenegro als sichere Drittstaaten würden wir die Asylverfahren beschleunigen, Anreize für Asylmissbrauch abbauen und könnten denjenigen, die wirklich unserer Hilfe bedürfen, besser helfen. Deswegen fordere ich Rot-Grün noch einmal auf: Geben Sie die Blockadehaltung, die Sie im Bundesrat zu diesen Fragen einnehmen, auf! Sie ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Da wir uns leider nicht darauf verlassen können, dass diese Einsicht bei Ihnen einkehrt – zumindest in der nächsten Zeit wird das wohl nicht der Fall sein –, müssen wir in Bayern handeln. Wir stellen uns klar hinter den Beschluss der Staatsregierung, grenznahe Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern und aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro zu schaffen. Mit diesen neuen Aufnahmezentren können wir für schnellere Verfahren sorgen, wenn alle zuständigen Behörden vor Ort effektiv zusammenarbeiten. Nur so können wir – dies zeigt doch die Erfahrung – Asylverfahren sinnvoll und nachhaltig beschleunigen. Nicht monatelange Verfahren, sondern Entscheidungen binnen weniger Wochen sind unser Ziel.Nur so können wir den massenhaften Asylmissbrauch eindämmen. In diesen Einrichtungen wird das Sachleistungsprinzip Vorrang haben, damit falsche Anreize zum Zuzug vermieden werden. Nur so können wir die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge wirkungsvoll entlasten, weil dann nur noch diejenigen dort ankommen, die wirk-

lich Chancen auf ein längerfristiges Bleiberecht haben. Nur so können wir den wirklich Schutzbedürftigen helfen.

Bayern gerät angesichts der momentanen Zustände bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern zunehmend an seine Belastungsgrenze. Dies ist nicht nur in Bayern so, meine Damen und Herren. Baden-Württemberg will die Asylbewerber, die es nach dem Königsteiner Schlüssel bekommt, in andere Bundesländer abschieben. Die Stadt Hamburg will Geldzahlungen an andere Länder leisten, wenn diese Asylbewerber übernehmen. Die Stadt Hamburg denkt zudem ganz offensichtlich darüber nach, ob Containerschiffe auf der Elbe mit Asylbewerbern belegt werden sollen. Diese Beispiele zeigen, dass wir nicht vor einem bayerischen Problem stehen, sondern vor einem bundesweiten Problem. Die Suche nach geeigneten Unterkünften wird von Tag zu Tag schwieriger. Wie viele Turnhallen und wie viele Gemeindezentren wollen wir denn noch als Asylbewerberunterkünfte verwenden, bevor wir handeln? - Wir dürfen unsere Kommunen nicht überlasten. Die neuen Aufnahmezentren sind unverzichtbar, um den Asylmissbrauch nachhaltig einzudämmen. Deswegen werden wir sie einrichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer aus sicheren Herkunftsstaaten nach Deutschland einreist und ein Asylverfahren beantragt, obwohl er weiß, dass er nicht verfolgt wird, will in erster Linie Leistungen erhalten. Diesen Anreiz müssen wir beenden. Deswegen ist neben den grenznahen Aufnahmeeinrichtungen auch die Erweiterung des § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes unumgänglich, um verfassungskonforme Leistungseinschränkungen im Einzelfall zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, auch hier fordere ich Rot-Grün auf, die Blockadehaltung im Bundesrat aufzugeben. Dies ist notwendig. Es darf sich nicht mehr lohnen, nach Deutschland zu kommen, wenn man weiß, dass man keinen Fluchtgrund hat. Deswegen müssen wir die Leistungen einschränken.

(Beifall bei der CSU)

Diese Leistungskürzungen helfen uns, Länder und Kommunen zu entlasten. Dann haben wir mehr Geld für diejenigen zur Verfügung, die unsere Hilfe wirklich benötigen. Das Tragische ist nämlich Folgendes: Leute aus Syrien und anderen Ländern, die Fluchtgründe haben, leiden unter der bestehenden Situation, meine Damen und Herren. Wegen der hohen Belegungszahlen in den Einrichtungen kann eine vernünftige Unterbringung für sie nicht mehr sichergestellt werden. Sie sitzen gemeinsam mit Personen ohne Fluchtgrund in den Turnhallen. Wir können dadurch nicht mehr die notwendigen Maßnahmen zur Sprachförderung und zur Integration ergreifen. Wir müssen diese Maßnahmen aber ergreifen, weil diese Menschen auf Dauer oder lange Zeit bei uns bleiben werden. Wir brauchen mehr Kapazitäten für die Flüchtlinge, die Fluchtgründe haben. Voraussetzung ihrer Schaffung ist, dass wir die Zahl der Flüchtlinge eindämmen, die keine Fluchtgründe haben. Nur so geht es.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen natürlich auch Lösungen auf europäischer Ebene. Deswegen bleibt es bei unserer Forderung nach europäischen Asylzentren in Nordafrika in Verbindung mit einer endlich gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten. Wir Deutsche üben innerhalb der EU jeden Tag Solidarität. Wir müssen und können erwarten, dass sich andere Länder mit Deutschland, Schweden und weiteren Ländern, die viele Flüchtlinge aufnehmen, solidarisch zeigen.

Mit den EU-Asylzentren in Nordafrika bieten wir Hilfesuchenden eine Alternative, damit sie auf sicherem Weg nach Europa gelangen und nicht in unsichere Boote steigen müssen. Nur so unterbinden wir die organisierte Kriminalität und entziehen den kriminellen Schlepperbanden die Geschäftsgrundlage. Ich weiß, dass es nicht einfach sein wird, dies zu vereinbaren, meine Damen und Herren. Aber wenn dies gelingt, wird das sinnlose, grausame, menschlich berührende Sterben der Menschen im Mittelmeer endlich aufhören. Allein schon deswegen müssen wir es versuchen.

(Beifall bei der CSU)

Es steht außer Frage: Die aktuelle Situation ist dramatisch. Es steht aber auch außer Frage, dass wir nicht alle Menschen, die zu uns wollen, aufnehmen können. Wir dürfen die Situation deswegen nicht schönreden, geschweige denn ignorieren. Der massive Missbrauch des Asylrechts überfordert unsere Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und überfordert die Integrationskraft unseres Landes. Der massive Missbrauch des Asylrechts sorgt dafür, dass die Akzeptanz für die wirklich Hilfsbedürftigen mehr und mehr zu schwinden droht. Wir brauchen deshalb eine Politik der Verantwortung. Verantwortung bedeutet, dass wir denjenigen, die wirklich Hilfe benötigen, die notwendige Hilfe gewähren. Verantwortung bedeutet aber auch, dass wir die Menschen vor Ort, die in den Kommunen Hervorragendes leisten und sich unermüdlich für die Flüchtlinge engagieren, nicht im Stich lassen. Verantwortung bedeutet letztlich – im Moment ist dies das Wichtigste, was wir zu tun haben -, den Missbrauch des Asylrechts zu verhindern.

Deswegen appelliere ich an die Opposition: Stellen Sie sich endlich dieser Verantwortung! Stimmen Sie dem Antrag der CSU zu, und stimmen Sie über die Länder, in denen Sie regieren, den entsprechenden Maßnahmen im Bundesrat zu, damit wir dieses Problem in den Griff bekommen. Wir sind den Menschen und den Kommunen in Bayern gegenüber verantwortlich. Wir sind verantwortlich dafür, dass Menschen, die verfolgt und mit dem Tode bedroht werden, bei uns schützend Aufnahme finden. Meine Damen und Herren, wir werden unser Ziel mit diesem Forderungskatalog erreichen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kreuzer. – Bevor ich der Frau Kamm für eine Zwischenbemerkung das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Frau Kamm, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, ich habe mich wegen Ihrer Asylstatistikzahlen zu Wort gemeldet. Es ist natürlich richtig: Grob gesagt ist es so, dass ein Drittel der Asylsuchenden bei uns letztendlich eine Anerkennung und ein Drittel eine Ablehnung bekommt und dass ein Drittel als Dublin-Fälle eingestuft wird. Aber in dieser Statistik sind, wie Sie richtig gesagt haben, viele Flüchtlinge aus den sechs Balkanländern mit enthalten, die nur zu 1 bis 2 % anerkannt werden.

(Zurufe von der CSU: 0 %!)

- Nein, nicht zu 0 %. Schauen Sie doch mal genauer hin.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir schauen genau hin! Keine Sorge!)

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass in allen anderen Ländern die Anerkennungsquoten deutlich höher sind. Sie müssen sich das System Dublin genauer ansehen. Deutschland stellt für seine Dublin-Flüchtlinge Rückkehr-Ersuche. Ein Teil der betroffenen Flüchtlinge wird dann tatsächlich in andere Länder rücküberstellt; aber ungefähr genauso viele Dublin-Fälle muss Deutschland seinerseits aus anderen Ländern wie Dänemark zurücknehmen. Insofern ist die statistische Interpretation in Bezug auf die Anerkennungsquoten falsch, wann man Dublinfälle einfach der Gruppe der Nichtberechtigten zuschlägt.

Ich möchte noch sagen, dass Sie in Ihrer Rede nichts dazu gesagt haben, warum die Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen noch nicht auf den Weg gekommen sind. Diese würden eine deutliche Entlastung für die Kommunen darstellen. Eine deutliche Entlastung brächte mehr Planungssicherheit für die Kommunen. Dann könnten die Kommunen mehr vorausschauend und vorsorgend agieren und müssten dies nicht von einer Woche zur nächsten tun.

Zum Thema Sprachförderung möchte ich Folgendes sagen: Die mangelnde Sprachförderung ist sicher nicht dadurch begründet, dass zu viele Albaner oder Kosovaren

die Sprachkurse belegen, sondern dadurch, dass wir nach wie vor zu geringe Kapazitäten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Kollegin Kamm, bei der Sprachförderung wird unternommen, was möglich ist. Wir bilden Lehrer mit der Qualifikation Deutsch als Fremdsprache aus. Wir haben dabei große Erfolge; aber wenn die Zahl der Asylsuchenden explodiert, kommt man naturgemäß mit jedem System in Schwierigkeiten.Zur Ihrer Frage nach Asylzentren und Aufnahmeeinrichtungen: Wir haben Deggendorf aufgebaut; wir nehmen Schweinfurt in Betrieb. Wir gehen nach und nach vor. Aber, Frau Kamm, wenn Sie glauben, dadurch würden die Kommunen entlastet, stellen Sie einen vollkommen falschen Zusammenhang her. Die Leute werden dort registriert, und dann werden sie – dort bestehen ja keine riesigen Aufnahmekapazitäten – über das ganze Land verteilt untergebracht. Die Schaffung weiterer Aufnahmeeinrichtungen entlastet doch nicht unsere Kommunen. Sie stellen insofern völlig falsche Zusammenhänge her. Sie entlastet lediglich die anderen Aufnahmeeinrichtungen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die werden aber schneller bearbeitet!)

Wir bauen diese Aufnahmeeinrichtungen, da wir nach dem bisherigen System mit nur zwei Aufnahmeeinrichtungen der Antragsflut für Erstaufnahmen nicht mehr Herr werden konnten. Deswegen brauchen wir mehr Einrichtungen. Aber im Endeffekt werden die Flüchtlinge – bleibt es bei dem jetzigen System – doch irgendwann auf das Land verteilt, Frau Kamm. Deswegen brauchen wir Zentren, von wo aus die Leute eben nicht mehr in die Fläche verbracht werden, sondern das ganze Verfahren vor Ort abgewickelt werden kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mehr Verwaltungsrichter brauchen wir!)

Und wenn Sie jetzt wieder mit den Prozentzahlen anfangen, dann sage ich Ihnen nur eines: Ich beziehe mich auf die Zahlen der Bundesanstalt. Wenn es noch eines besseren Beweises bedurft hätte, dass wir in Zusammenhang mit den Anträgen aus den Balkanstaaten handeln müssen, dann war das Ihre Wortmeldung gerade. Sie haben nämlich gesagt: Die Zahlen sind deswegen so niedrig, weil es null Anerkennung für Flüchtlinge aus dem Balkan gibt. – Ja, dann müssen wir doch dafür sorgen, dass diese Menschen zukünftig gar nicht erst zu uns kommen, Frau Kamm! Das ist doch die Schlussfolgerung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Oder sollen wir die Menschen weiter ins Land lassen und uns dann über die niedrige Anerkennungsquote beklagen? - In einem Punkt sind wir sofort beieinander: Wenn wir diese Zahlen reduzieren, steigt die Anerkennungsquote. Das macht aber bloß ein Drittel aus. Es sind auch nicht zu einem Drittel Dublin-Fälle, sondern da sind auch die zurückgenommenen Anträge dabei, deren Zahl die der Dublin-Fälle deutlich überwiegt. Wir haben bei Weitem nicht die Schutzquoten, die Sie immer behaupten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kreuzer, auch Sie haben nur zwei Minuten.

Thomas Kreuzer (CSU): Jawohl. – Angesichts dieser Zugangszahlen bedeutet auch die Unterbringung und die Ausbildung der echten Flüchtlinge eine große Herausforderung für unser Land und die Menschen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Angelika Weikert (SPD): So ist es! Genau!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. So weit Herr Kreuzer. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Weikert für die SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche haben wir in der Aktuellen Stunde eine ähnliche

Rede von Ihnen gehört, Herr Kreuzer, und heute gab es in Ihrer Rede wiederum nicht viel Neues.

(Zurufe von der CSU)

In der Zwischenzeit hat ein Parteitag der CSU stattgefunden, bei dem Sie, Herr Ministerpräsident - -

(Zurufe von der CSU: Was? Wo soll der denn gewesen sein? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Oder eine Klausurtagung, oder ihr habt euch halt getroffen, mein Gott!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jedenfalls ging durch die Nachrichtenlandschaft folgende Meldung: Sie, Herr Ministerpräsident, haben angekündigt, dass Sie jetzt in Bayern rigorose Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik beschließen wollen, damit Bayern für Flüchtlinge so unattraktiv wie möglich werde.

Dies hat uns schon einiges befürchten lassen im Hinblick auf die Kabinettsklausur, die jetzt am Montag stattgefunden hat, und im Hinblick auf die Beschlüsse, die dabei herausgekommen sind und die in den Dringlichkeitsanträgen der verschiedenen Fraktionen heute zur Diskussion stehen.

Wir haben Schlimmes befürchtet, aber eines haben wir nicht erwartet: nämlich dass sich die Bayerische Staatsregierung bei ihrem am Montag vorgestellten Maßnahmenkatalog nicht einmal mehr um demokratisch getroffene Entscheidungen und teilweise auch nicht mehr um rechtsstaatliche Prinzipien schert. Das ist das Gegenteil von verantwortungsvoller Politik.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Kreuzer, einen Satz, den Sie in Ihrer Rede deutlich betont haben, nehme ich sehr ernst. Darin haben Sie verkündet: Wir müssen verantwortungsvoll handeln. – Was bedeutet das? Verantwortungsvolle Politik nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien bedeutet, dass wir bei dieser großen Herausforderung – darin stimme ich Ihnen sehr wohl zu –, die vor allen Dingen die Kommunen trifft und die in den Kommunen vor Ort letztlich bei den Bürgermeistern, Landräten und Gemeinderäten ankommt, einen Spagat zu bewältigen haben zwischen humanitärer Verpflichtung, rechtsstaatlichen Prinzipien und praktischer Machbarkeit.

Das ist eine schwierige Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen: Europa, Bund, Länder und die Kommunen. Dabei dürfen wir nicht in Polemik verfallen und Radikalmaßnahmen ergreifen, so wie es die CSU jetzt macht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Den Herausforderungen dieser Politik haben sich Bund und Länder in den letzten Wochen und Monaten in sehr verantwortungsbewusster Weise gestellt. Ich erinnere an die Besprechung bei der Kanzlerin am 18. Juni 2015, an der alle Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder teilgenommen haben. Das ist erst knapp einen Monat her.

Dort hat man sich auf Maßnahmen verständigt, die der verantwortungsvollen Politik dienen sollen, die in der Präambel noch einmal ausdrücklich betont wird: Bund, Länder und Kommunen sollen sich den Herausforderungen stellen und dazu beitragen, die Aufgabe nach rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zu bewältigen.

Was ist dort beschlossen worden? Was hat man dort gemeinsam vereinbart, die Kanzlerin zusammen mit den 16 Regierungschefs der Bundesländer? Wahrscheinlich waren auch Sie dabei, Herr Seehofer. Man hat beschlossen, dass die Hilfen für die Länder und die Kommunen erhöht werden, dass ab dem kommenden Jahr eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten stattfindet und dass eine Verbesserung der Personalsituation beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt.

Eine solche Verbesserung soll aber nicht nur durch Personalaufstockung geschehen, sondern man hat sich in diesem Zusammenhang auch die Verfahren und die Organisationsstrukturen angeschaut. Man hat geprüft – Herr Aiwanger, das kritisieren auch Sie immer –: Wie laufen die Entscheidungsprozesse? Welche Maßnahmen sind sinnvoll, um bei den Verfahren im Sinne der Betroffenen, im Sinne der Flüchtlinge, zu einer besseren Entscheidungsquote zu kommen? Man hat also eine ganze Reihe von Vereinbarungen getroffen, vor allen Dingen organisatorische Maßnahmen.

Ausgehend von den 220.000 Bestandsverfahren hat man zudem vereinbart, dass die Anhörung der Asylbewerber und die Herstellung der Entscheidungsreife in den Außenstellen erfolgen sollen. Durch eine Bündelung von Entscheidern an vier Standorten, die dort Verfahren aus allen Bundesländern bearbeiten, wird ein möglichst effektiver Gesamtablauf gewährleistet.

Ich will mit diesen Hinweisen auf das Protokoll einfach nur deutlich machen, dass sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in den demokratischen Gremien, die nach unserer Verfassung für unsere Politik maßgeblich sind, zusammengesetzt haben und sich den anstehenden Aufgaben stellen, um so eine verantwortungsvolle Politik zu machen, die Sie alle einklagen.

(Beifall bei der SPD)

Sie aber ignorieren das alles einfach, Sie tun so, als hätte es das nie gegeben, nach dem Motto: Wir in Bayern sind ja schlauer, wir führen eigene Maßnahmen durch und wollen die Aufgaben eben nicht nach diesen demokratischen Prinzipien lösen; wir setzen uns über diese Verabredungen hinweg und gehen unseren eigenen Weg.

Ich will Ihnen noch ein anderes Beispiel nennen: Vom 24. bis 26. Juni 2015 – also erst vor etwa vier Wochen – hat in Mainz die Innenministerkonferenz stattgefunden. Diese Innenministerkonferenz hat sich genau dieser Thematik gewidmet, die Sie, Herr Kreuzer, immer wieder betonen: nämlich der Bund-Länder-Koordinierungsstelle zum Integrierten Rückkehrmanagement.

Ich rufe in Erinnerung, dass bei dieser Innenministerkonferenz sieben Minister von CDU und CSU vertreten sind. Der Block der Union ist also ausreichend vertreten.Auch in dieser Konferenz hat man sich den Fragen sehr verantwortlich gestellt. Diese Konferenz ist übrigens schon im Dezember 2014 eingerichtet worden. Man hat sich mehrmals getroffen, man hat die wesentlichen Fragen diskutiert, und man hat einen Zwischenbericht erstellt, der inzwischen veröffentlicht wurde und im Netz nachgelesen werden kann. Man hat einige Konsequenzen gezogen. Eine der Konsequenzen ist, dass man sich – wie es die Innenministerkonferenz ausgedrückt hat - einem integrierten Rückkehrmanagement stellt. Man versucht Stellen, Methoden und Verfahren zu finden, die ein freiwilliges Rückkehrmanagement für die Betroffenen gestalten. Dabei sollen die Bundesländer mitwirken; man will das zusammenführen.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine der wesentlichen Bedingungen. Man hat aber auch einiges beschlossen. Folgendes ist ein sehr interessanter Ansatz: Wir sagen doch immer alle, man müsste in den Herkunftsländern etwas tun, damit die Menschen in Zukunft nicht mehr ihr Land verlassen müssen, sondern in ihren Heimatländern eine Perspektive finden. Nun hat man auf dieser Innenministerkonferenz einen ressortübergreifenden Gesamtregierungsansatz definiert. So etwas gelingt nicht von heute auf morgen; das weiß jeder, der in politische Prozesse eingebunden ist. Diesen ressortübergreifenden Gesamtregierungsansatz hat man aber zunächst einmal definiert, und das bedeutet, dass man sich zusammentut, mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit den Wirtschaftsverbänden, den Arbeitsagenturen, den Innenministern von Bund und Ländern, und dass man dann herkunftsbezogene Rückkehrpläne mit allen zuständigen Ministerien entwickelt. Ich meine, das ist eine sinnvolle Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Aufgabe sollten wir uns alle gemeinsam widmen. In dem Zwischenbericht heißt es wörtlich, man sollte dies mit Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit verknüpfen. Dadurch wäre es möglich, einen wertvollen Beitrag für eine geförderte Rückkehrpolitik auch unter freiwilligen Motiven zu leisten.

Kolleginnen und Kollegen, das Treffen bei der Kanzlerin, die Zusammenkunft der Innenminister, die inzwischen auf Bundesebene eingerichteten Arbeitsgruppen: All das beweist doch und zeigt, dass sich alle Verantwortlichen - außer der CSU in Bayern - dieser Herausforderung stellen, dass sie alle nach gemeinsamen Lösungen suchen. Ich habe den Vorwurf schon einmal erhoben, und ich mache es an dieser Stelle noch einmal: Sie halten sich nicht an diese Vereinbarungen, sondern Sie gehen in Bayern Ihren eigenen Weg.

Was ist auf Bund-Länder-Ebene weiter passiert? – Am 2. Juli dieses Jahres wurde im Bundestag ein neues Gesetz verabschiedet, zur Reform des Bleiberechts. Darin wird deutlich, dass diejenigen, die hier ein Bleiberecht haben, Integrationsmaßnahmen brauchen. Es ist aber keineswegs die Rede davon – Herr Kreuzer, Sie betonen das trotzdem immer wieder -, dass alle, die hier ins Land kommen und Schutz und Hilfe suchen, für alle Zeit hier im Lande bleiben können. Aber alle, die kommen und Schutz und Hilfe suchen, haben ein Recht darauf, einen Antrag zu stellen, der von den verschiedenen Behörden hier im Land individuell geprüft wird.

Es ist auch ein Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums auf dem Weg, der eine bessere Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge fördert. Das Familienministerium hat auch ein Programm aufgelegt, "Willkommen bei Freunden", das den Kommunen direkte Unterstützung bei der Herausforderung durch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zuerkennt. Es gab Arbeitserleichterungen auf Bundesebene und vieles mehr. Mit Ihrem Kabinettsbeschluss nehmen Sie alles zurück, was inzwischen bei Bund und Ländern auf den Weg gebracht wurde. Alles, was in diesen Arbeitskreisen ernsthaft und verantwortungsvoll diskutiert wurde, all diese Maßnahmen, nehmen Sie mit Ihrem Kabinettsbeschluss zurück. Was ist Ihre Politik? – Die Politik

der Staatsregierung ist nicht nur verantwortungslos, sie ist auch gefährlich. Sie reden nämlich regelrecht ein Kippen der gesellschaftlichen Stimmung herbei.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zwar gibt es in Bayern eine Willkommenskultur durch die vielen ehrenamtlichen Helfer, aber Sie reden sprichwörtlich ein Kippen dieser gesellschaftlichen Stimmung herbei. Das ist brandgefährlich und ein Schlag ins Gesicht der Menschen vor Ort, ein Schlag ins Gesicht der kommunalen Amtsträger, die die Herausforderungen meistern, die sich den Problemen stellen und mehr Unterstützung vom Freistaat Bayern bei all diesen Aufgaben einfordern und verlangen, und zwar zu Recht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Weikert. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Staatsregierung, ich fordere Sie auf, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben; arbeiten Sie die Versäumnisse in der Asylpolitik der letzten Jahre ab.

(Unruhe bei der CSU)

Es ist höchste Zeit, die Maßnahmen, die nötig sind, konkret einzuleiten. Sie haben in Ihrem eigenen Antrag geschrieben, dass Sie grundlegende Änderungen der bisherigen bayerischen Asylpolitik einfordern. Sie erkennen also selbst an, dass Sie in den letzten Jahren nicht das geleistet haben, was Sie hätten leisten müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie müssen jetzt nachsteuern, um das zu erreichen, was alle wollen, die hier im Haus sind, so unterstelle ich, nämlich eine Flüchtlingspolitik, die die Hilfe auf die wirklich Bedürftigen konzentriert. Um dieses Ziel zu erreichen, muss auch offen ausgesprochen

werden, dass wir hier nicht alle bestens unterbringen können. Diejenigen, die kein Bleiberecht nach dem Asylgesetz bekommen, müssen wir schneller in ihre Heimatländer zurückführen. Nun geht es darum, einen vernünftigen Weg dafür zu finden.

Wir FREIEN WÄHLER haben es in den letzten Jahren bedauert, dass hier im Prinzip immer ein Kampf der Ideologien stattgefunden hat, statt eines nüchternen Blicks auf die Sachthemen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis heute werden die konkreten Wünsche derjenigen, die das jetzige Asylsystem draußen am Leben erhalten, zu wenig gehört. Ich wiederhole unsere Forderung aus der letzten Plenardebatte; die will ich auch an Sie richten. Herr Ministerpräsident, Sie sprechen nachher; bisher habe ich aber keine Signale, dass die CSU-Fraktion die Zahl der Verwaltungsrichterstellen auf die vonseiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit geforderten mindestens 50 zusätzlichen Stellen erhöhen will. Bitte machen Sie das zur Chefsache. Der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs hat gesagt, er braucht mindestens 50 zusätzliche Stellen. Sie planen hingegen ab dem 1. Januar des nächsten Jahres 16 zusätzliche Stellen. Das bleibt weit hinter dieser Forderung zurück. Bringen Sie also mindestens diese 50 Stellen. Die können Sie auch schneller realisieren als Ihre neuen geplanten Asylzentren, oder wie Sie diese Einrichtungen auch immer nennen wollen.

Meine Damen und Herren, es war eine Fehlentscheidung, eine Erstaufnahmeeinrichtung für über 40 Millionen Euro in Regensburg mit 500 Plätzen hinzustellen. Wir als FREIE WÄHLER haben als Einzige dagegen gestimmt; denn wir sagen, mit diesem Geld könnten wir mehr erreichen. Beispielsweise könnten vier Erstaufnahmeeinrichtungen à 10 Millionen Euro geschaffen werden. Jetzt ist das Geld weg, das Haus ist voll, und jetzt sagen Sie: Auch die Hotels sind voll, jetzt bauen wir die Hühnerställe möglichst billig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU): Das ist eine Rhetorik, die ist schlimm! – Angelika Weikert (SPD): So ein Quatsch! – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, hier setzt ganz klar unser Aufruf an Sie an, diese Themen zu erkennen und nicht mit irgendwelchen Schnellschüssen Billiglösungen in die Landschaft zu setzen und vielleicht irgendwo Zeltstädte hinzustellen, die Sie jetzt im Sommer beginnen und die dann im November eröffnet werden; denn, zur Überraschung aller, kommt nach dem November der Winter - und diese Einrichtungen sind vielleicht noch nicht einmal winterfest. Die können dann bis Mai nicht bezogen werden, weil es zu kalt ist, weil die noch nicht einmal frostsicher sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie liegen in unseren Augen genauso daneben, wenn Sie sagen, dort muss das enge Zusammenwirken zwischen den Behörden sichergestellt sein. Wir haben uns immer darauf verlassen und sind davon ausgegangen, dass die Behörden in allen Erstaufnahmeeinrichtungen eng zusammenwirken. Sie stellen für 40 Millionen eine Erstaufnahmeeinrichtung in die Stadt, dort aber funktioniert das Zusammenwirken anscheinend nicht. Das Verwaltungsgericht in Regensburg hat nicht einmal das nötige Personal, um diese überteuerte Einrichtung betreuen zu können. In dieser Einrichtung sind Leute, die vielleicht gar nicht einmal unter das Asylgesetz fallen und gar kein Asyl bekommen, zu lange untergebracht, weil das nötige Personal fehlt.

Auf der einen Seite fordern wir Sie auf, keine teuren Luxusunterkünfte zu bauen, bei denen nicht genau hingeschaut wird, in denen sich monatelang Leute aufhalten, die dort vielleicht gar nicht hineingehören, weil die Richterstellen fehlen. Auf der anderen Seite fordern wir Sie auch auf, von Schnellschüssen abzusehen, bei denen der Grenzpolizist oder der Schleierfahnder einen Lkw voller Personen aufgreift und dann je nach Nationalität linksrum oder rechtsrum entscheiden soll.

Sie machen die nächsten Fehler, wenn Sie die jetzigen Systeme nicht optimieren. Wir fordern Sie ähnlich wie damals bei der Bankenkrise zu einem Stresstest auf. Das jetzige Asylsystem in Bayern müssen Sie einem Stresstest unterziehen und es stressresistenter machen. Das bedeutet mindestens 20 Stellen, die Sie nachreichen müssen. Sie

müssen die Ehrenamtlichen besser koordinieren, die teilweise mit großem Eifer unterwegs sind, aber aneinander vorbeiarbeiten. Das geht hinein bis in die Gemeindeverwaltungen und die Kreisverwaltungen.

Bei der Polizei haben wir nach wie vor zu wenig Stellen. Die Polizei vor Ort sagt nach wie vor, sie sei nicht in der Lage, alle, die bei uns über die Grenze kommen, erkennungsdienstlich zu behandeln. Jetzt sollen sie auch noch die Nationalität erfassen und entscheiden, in welche Aufnahmeeinrichtung der Asylbewerber kommen soll. Wenn die Asylsuchenden wissen, welche Nationalitäten in das unbeliebtere Aufnahmezentrum kommen, werden sie den Polizisten alles Mögliche erzählen, aber nicht die sechs Nationalitäten nennen, die in das unbeliebtere Zentrum kommen. Sie werden den Polizisten irgendeine Story erzählen, und der Polizist soll dann erkennen, ob ihn der Asylbewerber anlügt. Dazu müsste er Dolmetscher für fünf Sprachen sein.

Meine Damen und Herren, gehen Sie gezielt auf die Lösungsansätze ein, die Sie heute in der Hand haben. Wir FREIE WÄHLER haben Themen wie etwa das Eingreifen in den Herkunftsländern aufgegriffen. Alles das muss parallel laufen. Ich fordere auch Rot-Grün auf, im Bundesrat endlich die Balkanländer als sichere Herkunftsregion anzuerkennen, um Druck aus dem Kessel zu nehmen. Das ist dringend nötig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute geht es darum, was Bayern tun kann. Wir dürfen heute nicht wieder auseinander und in die Sommerferien gehen, obwohl wir eine ideologische Großkampflage haben, bei denen die einen das Gegenteil von dem sagen, was die anderen sagen. Wir müssen heute festlegen, was Bayern tun kann. Deshalb richtet sich unser Antrag noch einmal an Sie, Herr Ministerpräsident: Stellen Sie endlich 50 Richterstellen und das dafür erforderliche Verwaltungspersonal zur Verfügung. Stärken Sie die Ehrenamtlichen, gehen Sie auf die Wünsche der Kommunen ein. Schauen Sie dort genau hin, wo es zusätzlichen Personalbedarf gibt. Übernehmen Sie auch die Kosten für die Kommunen, weil diese zunehmend sagen, die Hälfte ihrer Verwaltung arbeite nur

noch für die Asylbewerber, für sonstige Aufgaben habe die Verwaltung gar keine Zeit mehr.

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es auch nach der Schnellentscheidung Leute geben wird, die hierbleiben. Denken Sie heute schon an mehr Sozialwohnungen für die, die morgen aus den Einrichtungen rausgehen und bei den Kommunen ALG II beantragen werden. Diese Leute muss die Kommune übermorgen auf ihre Kosten unterbringen. Schauen Sie, dass keine Konkurrenz mit den Einheimischen wegen des Wohnraums entsteht. Wir haben überall Mietpreisexplosionen. Wenn jetzt noch Zehntausende von Menschen nach den Asylverfahren auf dem freien Wohnungsmarkt Wohnungen suchen, entsteht ein unheimlicher Konkurrenzkampf mit den Unterschichten hierzulande, die nicht in der Lage sind, hohe Mieten zu bezahlen. Damit wird schon heute sozialer Sprengstoff produziert.

Wundern Sie sich nicht, wenn wir darüber nächstes und übernächstes Jahr Debatten in großer Zahl führen werden. Sehen Sie schon heute in die Zukunft. Bauen Sie vor und schauen Sie, dass Sie mehr sozialen Wohnraum schaffen. Erst haben wir die GBW-Wohnungen verschleudert. In ein oder zwei Jahren werden wir ähnliche Wohnungen wieder bauen müssen.

Meine Damen und Herren, schauen Sie in die Zukunft. Ich will hier zwar keine großen Vorwürfe machen, aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie in den letzten Jahren vieles von dem, was dringend nötig gewesen wäre, nicht erledigt haben. Jetzt geht es darum, die Hausaufgaben zu machen, das Asylsystem winterfest und stressresistent zu machen und diejenigen, die hier kein Bleiberecht haben, möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Dann müssen wir aber auch schauen, dass sie sich dort einigermaßen wohlfühlen können. Deshalb müssen wir auch für den Balkan Wirtschaftshilfe leisten.

Das ist ein großer Strauß von Maßnahmen, der aber den Blick aufs Wesentliche nicht verstellen soll. Wir brauchen menschenwürdige Unterkünfte, dürfen aber auch die Auf-

nahmefähigkeit unserer Gesellschaft nicht überstrapazieren. Das richtige Maß müssen wir hier finden. Das Maß war vor fünf Jahren, als wir einige Zehntausend Asylbewerber in Deutschland hatten, zweifellos ein anderes als jetzt, da diese Zahl in die Hunderttausende geht. Deshalb müssen wir mit diesem Thema etwas anders umgehen. Dies sei auch an diese Seite des Hauses gesagt. Finden Sie das richtige Maß. Tun Sie endlich das, was in Ihrer Macht steht, damit uns dieses System nicht um die Ohren fliegt. Das sind wir unseren Bürgern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Aiwanger. - Jetzt hat sich der Herr Ministerpräsident zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Parlament muss Seismograph für die Lebenswirklichkeit sein. Deshalb möchte ich zu diesem Thema sechs Anmerkungen machen, die unbestritten zu dieser Realität gehören.

Erstens. Bayern ist traditionell ein weltoffenes Land. Wir hatten vor nicht allzu langer Zeit im Freistaat Bayern 11 Millionen Einwohner. Wir steuern jetzt auf 13 Millionen Einwohner zu. Etwa die Hälfte davon kommt aus der Bundesrepublik Deutschland, die andere Hälfte aus dem Ausland. Alle diese Menschen, die sich hier legal aufhalten, sind herzlich willkommen. Sie haben unser Land bereichert, und sie haben dazu beigetragen, dass Bayern heute ein blühendes und boomendes Land ist.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist übrigens das einzige Bundesland, das in seiner Bevölkerungsentwicklung nach der Prognose für die nächsten 20 Jahre nicht stagniert oder schrumpft, sondern es ist ein Land, das wächst. Deshalb muss sich Bayern von niemandem vorhalten lassen, es sei kein weltoffenes, kein modernes Land.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. In Bayern gelingt Integration. Wir haben in unseren großen Städten wie München, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Nürnberg oder Würzburg einen höheren Migrantenanteil als im Land Berlin. Wir haben auf diesem Feld zwar Aufgaben und Herausforderungen, aber wir haben keine größeren Probleme. Das ist eine große Leistung nicht nur der einheimischen Bevölkerung, sondern auch der Migranten. Das ist auch deshalb eine große Leistung, weil wir auf diesem Feld von Anfang an einen klaren Kurs hatten. Wir gestalten eine Integrationspolitik vom Kindergarten über die Schule bis hin zum Beruf. Diese Integrationspolitik gewährleistet, dass wir nicht nebeneinander oder gar gegeneinander, sondern miteinander leben. Darauf sind wir stolz. Wir sind ein Land der gelingenden Integration.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. In unserem Freistaat gibt es ein ganz hohes Maß an Humanität und Solidarität. Ich möchte deshalb heute der Bevölkerung insgesamt, den Hilfsorganisationen, den Sozialorganisationen und den Kirchen für diese unbeschreibliche Solidarität und Humanität danken, die gerade in der jüngeren Geschichte den Zuwanderern entgegengebracht worden ist. Hut ab und Respekt vor dieser Leistung der Menschen in unserem Lande!

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir kommen angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen trotz aller Anstrengungen an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit, unserer Belastungsfähigkeit. Das gilt für alle Ebenen, und es gehört zur Lebensrealität, dass man dieser Wirklichkeit ins Auge sieht.

Meine Damen und Herren, heute haben wir bei der Zuwanderung neuer Flüchtlinge die Rekordzahl von 1.231 – allein an einem Tag im Freistaat Bayern! Niemand, der für das Volk hier im Hohen Haus sitzt, kann vor einer solchen Entwicklung die Augen verschließen. Ich kann auch nichts dafür, dass manche Worte, die niemand aus unserem Lager und niemand von der Staatsregierung gebraucht hat, in manchen Medien Ein-

gang in die Schlagzeilen gefunden haben. Von uns hat niemand von einem Lager gesprochen, niemand! Deshalb appelliere ich nicht nur an uns selbst, sondern auch an manche Medien, mit Formulierungen verantwortungsbewusst umzugehen.

(Lebhafter Befall bei der CSU)

Die Realität berührt uns organisatorisch. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht mit diesem Problem konfrontiert wird. So war es auch heute hierher auf der Fahrt in den Landtag: Mir legen Regierungspräsidenten, Bürgermeister, Landräte, Oberbürgermeister sehr emotional ans Herz: Wir können nicht mehr; wir haben nicht nur unsere Grenzen erreicht, sondern sie bereits überschritten.

Im Hinblick auf die Einrichtungen für Flüchtlinge mag ich gar nicht daran denken, was wäre, wenn wir jetzt eine andere Jahreszeit hätten. In meiner Heimatgemeinde Ingolstadt hat der Oberbürgermeister eine sehr kluge Entscheidung im Stadtrat herbeigeführt. Er hat eine namentliche Abstimmung über eine Aufnahmeeinrichtung angesetzt. Dabei haben sich alle Mitglieder des Stadtrates zustimmend geäußert, auch die politischen Gruppierungen, die mir in der politischen Landschaft gar nicht so lieb sind, weil man sie mehr dem Rechtsaußenlager zuordnet. Einstimmig geschah das.

In meiner Heimatgemeinde sind in diesen Tagen Zeltlager auf einem Gelände errichtet worden, das normalerweise für Freizeitaktivitäten der Jugend zur Verfügung steht. Stellen Sie sich das einmal für den Winter vor. Wir können jetzt nicht warten, bis das für jedermann nachvollziehbar wird, bis der ungläubige Thomas überall den Finger in die Wunde legen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist der Kreuzer!)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wir müssen diesen Dingen ins Auge sehen. Wir sind organisatorisch in vielen Bereichen Bayerns an der Grenze bzw. haben die Grenze der Belastungsfähigkeit bereits überschritten. Wir haben sie personell überschritten. Auch die Hilfsorganisationen klagen inzwischen über Überlastung,

und das gilt auch für die Polizei. Ich zitiere meinen eigenen Innenminister aus dem Kabinett, dass es nicht ganz falsch ist, wenn in der Öffentlichkeit berichtet wird, dass die Polizei angesichts der Größenordnungen gar nicht mehr in der Lage ist, bei der Registrierung all ihre Aufgaben zu erfüllen, was inzident auch Sicherheitsprobleme aufwirft.

Wir haben das gleiche Problem bei der Justiz – Herr Aiwanger hat darauf hingewiesen –, und wir haben das Problem bei den Kommunen und insgesamt in der Bevölkerung.

Auch finanziell sind wir an unseren Grenzen angelangt, auch der reiche Freistaat Bayern.

Ich habe mich auch diesmal wieder – das tue ich jetzt schon seit sieben Jahren – in der Endphase der Haushaltsberatungen mit dieser Problematik persönlich beschäftigt. Wir haben mit großen Anstrengungen jetzt in Sankt Quirin noch einigermaßen zu einem Ausgleich kommen können, aber, meine Damen und Herren, wenn wir dieser Entwicklung nicht vernünftige Maßnahmen entgegensetzen, wird es in absehbarer Zeit auch für den reichen Freistaat Bayern kritisch, weil er - übrigens als eines von zwei Bundesländern - den Kommunen die Kosten für die Unterkunft und die Verpflegung ersetzt. Auch das muss einmal gesagt werden; denn woanders werden die Kosten auf die Kommunen abgeschoben. Bei uns ist das anders, und das soll auch so bleiben.

Dennoch würden wir in absehbarer Zeit in die Situation kommen, dass wir die Herausforderungen, die ich gerade beschrieben habe, nur noch finanzieren können, wenn wir Leistungen an anderer Stelle kürzen, und zwar notwendige, nicht freiwillige Leistungen. Wir müssten tief in den Bildungsbereich und in andere Investitionsbereiche eingreifen oder uns entgegen allen Vereinbarungen in Deutschland und Europa für eine neue Verschuldung entscheiden. Das ist die Situation.

Diese Gefahr haben wir durch zielgerichtete Maßnahmen in Sankt Quirin zunächst verhindert. Das gilt für die aktuelle Gegenwart, aber es wird in naher Zukunft anders aussehen. Das kann kein verantwortlicher Ministerpräsident in Kauf nehmen. Im Übri-

gen würde das auch die Solidarität in der Bevölkerung zerstören, wenn es einerseits Kürzungen gäbe, um andererseits diese große Herausforderung zu bewältigen.

Fünftens. Ich sage – auch das gehört zur Realität -: Wenn es sich bei all diesen Menschen um Schutzbedürftige handeln würde, die wegen ihres Glaubens, ihrer politischen Einstellung um ihre Gesundheit oder um ihr Leben fürchten müssten, dann müsste ein reiches Land wie Deutschland, müsste Bayern gleichwohl Hilfe zur Verfügung stellen. Das ist unsere christliche und humanitäre Pflicht. Aber aktuell, meine Damen und Herren, liegt das Problem in einem einzigen Punkt. Wir haben es in nennenswertem Umfang eben nicht nur mit Schutzbedürftigen zu tun, sondern gut 40 % der Menschen, die zu uns kommen, werden nicht wegen ihrer Einstellung verfolgt und müssen auch nicht um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten. Deren Anerkennungsquote ist nahe bei null; sie liegt zwischen 0,1 und 0,4 %.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Nun ist meine feste Überzeugung - ich will das anhand meiner eigenen Erfahrungen Ende der Achtziger-, Anfang der Neunzigerjahre dokumentieren -: Bevor wir in Leistungskürzungen für die Bevölkerung gehen, die hier lebt, ist es unsere verdammte Pflicht, diesen nennenswerten – ich sage das auch vor diesem Parlament –, diesen massenhaften Missbrauch des guten Asylrechts, das im Grundgesetz geschützt ist, einzudämmen und abzustellen. Das ist unsere Pflicht.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CSU)

Allein darüber haben wir in Sankt Quirin gesprochen, und alleine das ist der zentrale Punkt im Antrag meiner Fraktion.

Nun haben wir alle ein bisschen die Neigung, immer das aus den Papieren zu zitieren, was gerade in die eigene Rede passt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach was!)

Deshalb will ich nun mit dem beginnen, mit dem auch die anderen Ministerpräsidenten begonnen haben. Alle 16 Ministerpräsidenten einschließlich Kretschmann und einschließlich der SPD-Ministerpräsidenten, die mit den GRÜNEN regieren oder in Großen Koalitionen – die Bundesregierung war in höchster Besetzung mit der Bundeskanzlerin und der zuständigen Bundesministerin dabei; ich war von der ersten bis zur letzten Minute dabei –, haben einstimmig den zentralen Beschluss gefasst, zwischen der Zuwanderung von echten Schutzbedürftigen und Zuwanderern ohne Bleibeperspektive zu unterscheiden.

(Peter Winter (CSU): So ist es!)

Diese Konferenz wollen wir im September fortsetzen; ich habe gestern die Kanzlerin gebeten, die Konferenz wegen der Dramatik der Entwicklung vielleicht etwas vorzuziehen. Für Zuwanderer ohne Bleibeperspektive ist das Asylrecht nicht geeignet; allein das beinhaltet der Beschluss.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe alles genau beobachtet. Herr Kretschmann sitzt in dieser Ministerpräsidentenkonferenz neben mir. Er hat mitgestimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Volkmar Halbleib und Angelika Weikert (SPD))

- Schön langsam, Kollegin; ich diskutiere jetzt nicht über Verfahren, sondern über die Lösung von Problemen. Ich rede gerade über die Lebenswirklichkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Gestern hat Herr Kretschmann völlig zu Recht und in Vollzug dieses Beschlusses gesagt: Natürlich kann man mit mir über die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten reden. – Er hat sogar darauf hingewiesen: Ich habe doch schon einmal der Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten zugestimmt. – Wenn man weiß, dass der Kosovo ein sicherer Herkunftsstaat geworden ist, und plötzlich die gleichen Menschen

mit einem Pass aus Albanien kommen, dann muss man darauf doch reagieren. Man muss mindestens so clever sein wie diejenigen, die am Gesetz vorbei das Asylrecht in Anspruch nehmen. Das erwartet die Bevölkerung von uns.

(Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Herr Scholz erklärt am Wochenende ein Asyl-Camp für alle, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, für ganz Deutschland. Hamburg wird Rot-Grün regiert. Er selbst ist von der SPD. Ich schätze ihn hoch. Er erklärt das am Wochenende. Daran gibt es überhaupt keine Kritik; er ist ja von der SPD.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht macht es die Tonlage, Herr Ministerpräsident!)

- Herr Halbleib, ich sage Ihnen: Scholz weiß, was der Audi-Arbeiter und der BMW-Arbeiter denken.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht macht es die Tonlage! Denken Sie mal darüber nach!)

Deshalb formuliert er das auch so. Er weiß, wie die denken. Die verstehen Sie nämlich nicht mehr. Sie werden von denen nicht mehr verstanden. Sie nicht!

(Beifall bei der CSU)

Herr Weil, Niedersachsen erklärt gestern: schneller abschieben. – Ich wundere mich geradezu über den Zuspruch. Wenn aber ich oder wenn wir das sagen, dann ist es sofort brandgefährlich, dann ist es plötzlich nicht mehr gut.

(Jürgen W. Heike (CSU): Dann ist es Verhetzung!)

Wir lassen uns davon nicht verunsichern. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, in welcher Gesellschaft wir uns befinden, nämlich in einer guten Gesellschaft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Tonlage ist bei Ihnen aber eine ganz andere! Das wissen Sie selbst!)

Wir stellen den Schutz, die Solidarität und die Humanität nicht infrage. Ich habe nicht ohne guten Grund mit diesen Bemerkungen begonnen. Das zeichnet Bayern aus – ich sage: traditionell. Das ist nicht erst seit heute so.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Rechtfertigungsrede ist das!)

Die Weltoffenheit gehört zur Tradition und zur Geschichte Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind ein Land der gelingenden Integration. Ich möchte jetzt nicht die Regierung loben, aber ich möchte den Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer loben, der ganz viel dazu beiträgt.

(Beifall bei der CSU)

Sechstens. Niemand wird ernstlich bestreiten können, dass es viele Probleme in der Gegenwart deshalb gibt, weil über 40 % derer, die zu uns kommen, eben keine echten Schutzbedürftigen, sondern ohne jede Bleibeperspektive sind. So ist der Beschluss der Ministerpräsidenten – aller 16. Wenn wir ernst genommen werden wollen, müssen wir das abstellen. Das ist der Vorschlag, den wir gemacht haben.

Wir werden das sehr konsequent abstellen. Wir konzentrieren die Verfahren – das erwartet die Bevölkerung auch von uns. Nur wenn uns das gelingt – diese Aufgabe ist schwer genug –, werden wir die ausreichenden Kapazitäten und Ressourcen haben, um auch in der Zukunft auf der einen Seite den Schutzbedürftigen zu helfen und auf der anderen Seite die Solidarität in der Bevölkerung zu erhalten. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Siebtens. Ich bin jetzt seit annähernd 40 Jahren hauptberuflich in der Politik, davon mehr als die Hälfte in Regierungsverantwortung. In diesen 40 Jahren habe ich mich immer davon leiten lassen, politischen Radikalismus und Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Es gibt keine einzige Stelle in meinem politischen Leben, an der ich jemals anders gehandelt hätte. Das leitet mich auch in der Gegenwart. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass ich einer der führenden Ministerpräsidenten war, die trotz aller Bedenken, die in meiner eigenen politischen Familie geäußert wurden, für das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eingetreten sind. Ich habe die Materialien gelesen und weiß, welche Umtriebe da stattfinden. Deshalb muss jeder aufrechte Demokrat jeden Tag dafür arbeiten, liebe Freunde, dass der Radikalismus von links und von rechts in unserem Land keine Chance hat.

(Beifall bei der CSU)

Mein Schlüsselerlebnis diesbezüglich war Ende der Achtzigerjahre, Anfang der Neunzigerjahre. Wir hatten auch damals eine beachtliche Flüchtlingswelle; ich denke, die gegenwärtigen Zahlen werden noch deutlich übertroffen werden, und die jetzige Flüchtlingswelle wird uns länger beschäftigen.

(Florian Ritter (SPD): Noch ist es die Hälfte!)

Meine Damen und Herren, der politische Fehler war damals, dass die Menschen den Eindruck gewannen, die Politik stehe dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber. Damals war die Geburtsstunde der Republikaner. Die Situation wurde dann so beklemmend, dass sich die beiden großen demokratischen Volksparteien zusammengetan haben und sogar an eine Änderung des Grundgesetzes herangegangen sind. – Ich habe das gar nicht in der Überlegung; ich sage das, damit jetzt kein Fehlschluss gezogen wird. – Damals war das aber eine solche Herausforderung, dass wir gesagt haben, wir müssen das Grundgesetz ändern. Mit der Änderung des Grundgesetzes war der Spuk der Republikaner vorbei.

Dieses Schlüsselerlebnis hat für mich deutlich gemacht: Selbst wenn wir heute gar nicht debattieren würden und in den letzten Wochen und Monaten niemand von uns etwas zu diesem Thema gesagt hätte, dann hätte die Bevölkerung die Entwicklung trotzdem erlebt. Einer der größten Fehler in der Politik ist zu glauben, wenn lange genug zu etwas geschwiegen wird, dann wird es in der Bevölkerung schon niemand merken.

Ich habe mit der Lebenswirklichkeit begonnen und darauf hingewiesen, dass wir ein Seismograph der Lebenswirklichkeit sein müssen. Deshalb müssen wir das in der gebotenen Sorgfalt, Differenziertheit und mit der richtigen Sprache aufnehmen.

(Angelika Weikert (SPD): In der richtigen Sprache! – Volkmar Halbleib (SPD): Unsere Rede, Herr Ministerpräsident!)

Das ist meine feste Überzeugung nach diesem Schlüsselerlebnis aus den Achtziger- und Neunzigerjahren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da haben Sie schon einiges falsch gemacht!)

Sie bekämpfen Rechtsradikalismus und die Rattenfänger auf dem rechten und linken Rand nicht dadurch, indem Sie etwas verschweigen, indem Sie in dumpfe Parolen einstimmen, sondern der beste Schutz gegen Radikalismus ist die Lösung von Problemen. Das ist der beste Schutz.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb möchte ich allen hier im Hause sagen:

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden hier anders als draußen! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bis zur letzten Patrone!)

Wir haben eine doppelte Verantwortung; wir haben die Verantwortung, den verfolgten Personen, die bei uns Aufnahme suchen, Schutz und Fürsorge zu bieten. Dazu stehen wir. Das wird immer mit der erforderlichen Sorgfalt, Humanität und Solidarität ge-

schehen. Ich möchte hier natürlich nicht differenzieren gegenüber Familien mit Kindern und gegenüber Jugendlichen. Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber der hier lebenden Bevölkerung; auch unsere Bevölkerung möchte mit ihren Sorgen und Ängsten ernst genommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sollten wir wenigstens darin einen Konsens haben, dass wir in der doppelten Verantwortung für unsere Bevölkerung stehen, sie in ihren Anliegen zu unterstützen – dafür muss sich niemand entschuldigen, das ist unser Auftrag, dafür haben wir auch das Vertrauen erhalten –, und für die schutzbedürftigen Personen, die zu uns kommen, weil sie um ihre Gesundheit und um ihr Leben fürchten müssen.Liebe Freunde, dieser Verantwortung werden wir dann guten Gewissens gerecht, wenn wir gleichzeitig, was übrigens bei uns im Land selbstverständlich ist, Ungerechtigkeiten, Missbräuche, Rechtsbrüche aufnehmen, verhindern und eindämmen. Nur wenn wir diese Dinge so differenziert sehen, liebe Freunde, werden wir dieses Problems Herr werden. Ich bitte bei aller Emotionalität

(Volkmar Halbleib (SPD): die Sie in die Diskussion reinbringen!)

und bei allen politischen Erwägungen, die da eine Rolle spielen können: Orientieren wir uns an der Lebenswirklichkeit in unserem Lande.

(Anhaltender lebhafter stehender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Karl Freller (CSU): Das war Ihre beste Rede!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: So weit der Herr Ministerpräsident; vielen Dank. - Wir haben noch zwei Wortmeldungen, zunächst Frau Kollegin Bause, dann Herr Rinderspacher. - Bitte schön, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich begrüße es, dass Sie heute in dieser Debatte auf die Scharfmachertöne weitgehend verzichtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine sachliche Debatte; wir brauchen eine besonnene Debatte. Ich habe gestern Abend wie auch Sie viele Gespräche geführt und hatte den Eindruck, dass Sie insbesondere auch von den Vertretern der Kirchen ins Gebet genommen wurden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Wahrheit, das hab ich gesehen!)

Diese haben Sie inständig aufgefordert, zumindest Ihre Rhetorik zu verändern. Das scheint ein wenig gefruchtet zu haben, und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Peter Winter (CSU): War er im Beichtstuhl? – Ich hab keinen Beichtstuhl gesehen!)

Herr Kreuzer, Sie haben gesagt, wir brauchen eine Politik der Verantwortung. Ja, genau die brauchen wir. Verantwortung bedeutet, gemeinsam an konstruktiven Lösungen zu arbeiten – gemeinsam mit den Kommunen, den Organisationen, den Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit. Verantwortung bedeutet, dass wir professionelle Organisation in allen Institutionen der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen hinbekommen. Verantwortung bedeutet eine schnelle und rechtsstaatliche Bearbeitung der Asylanträge; Verantwortung bedeutet eine Straffung der Verfahren. Ja, wir haben nach wie vor viel zu viel Leerlauf in den Verfahren. Verantwortung bedeutet auch zum Beispiel ein neues Ankunftszentrum für Asylbewerber und Flüchtlinge, wie es im Moment in München aufgebaut wird. Es soll zum Ende dieses Monats eröffnet werden. Dort passiert endlich das, was schon längst hätte passieren müssen, dass nämlich jeder Flüchtling, der ankommt, sofort, innerhalb von 24 Stunden, registriert wird, einen ersten Gesundheits-Check bekommt, die erste Beratung erhält, und dann wird geklärt, in welche Erstaufnahmeeinrichtung dieser Flüchtling weitergeleitet wird. Das ist verantwortungsvolle Politik. Solche Ankunftszentren, wie jetzt in München eines aufgebaut wird, brauchen wir in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verantwortungslos ist dagegen eine populistische Stimmungsmache, wie wir sie insbesondere im letzten Plenum von Ihnen gehört haben, Herr Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verantwortungslos ist es, Neiddebatten zu entfachen, indem man zum Beispiel sagt: Wir können das Blindengeld nicht mehr zahlen, weil wir so viele Flüchtlinge haben; wir können nicht für mehr Lehrerstellen in den Schulen sorgen, weil wir so viele Flüchtlinge haben. Wenn wir also eine Gruppe von Bedürftigen gegen die andere ausspielen, ist das verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verantwortungslos ist es auch, Sonderzentren – das Wort Sonderlager wollen Sie nicht – für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten einzurichten. Warum ist das verantwortungslos? Ich muss fragen: Warum brauchen wir eigentlich diese Sonderzentren? – Alles, was Sie dort durchführen wollen, können Sie nach der geltenden Gesetzeslage jetzt schon durchführen, wenn Sie die entsprechenden Ankunftszentren, Unterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen im ganzen Land haben. Warum brauchen Sie denn diese Extra-Einrichtungen? - Wenn es nicht klappt in unseren Ankunftszentren und in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen, dann ist es nicht eine Frage der richtigen oder falschen Sortierung, sondern dann stehen organisatorische Defizite dahinter – und die müssen Sie abstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was sollte denn besser funktionieren in einem Sonderzentrum, das Sie zum Beispiel in Freilassing einrichten? Wieso sollte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerechnet dort schneller arbeiten, als es jetzt geschieht? Was sollte dort besser funktionieren als in allgemeinen Unterkünften, in allgemeinen Ankunftszentren und Erstaufnahmeeinrichtungen? – Ausgrenzung ändert nichts an den organisatorischen Defiziten. Welche Botschaft steckt denn hinter Ihren Sonderzentren? – Hinter Ihren

Sonderzentren steckt – das haben Sie auch noch einmal gesagt – die Botschaft: Wir unterscheiden zwischen den guten und den bösen Flüchtlingen.

(Widerspruch bei der CSU – Jürgen W. Heike (CSU): Nein, wir unterscheiden zwischen den Berechtigten und den Unberechtigten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Natürlich. So einfach ist das: Da sind die Guten, und dort sind diejenigen, die das Asylrecht "missbrauchen". – Und dann schaffen Sie ein Zentrum für diejenigen, die nach Ihrer Lesart das Asylrecht missbrauchen. Ja, was glauben Sie, was da los ist? Wenn Sie in Freilassing, in Passau oder ich weiß nicht wo sonst so eine Unterkunft schaffen, ist das nicht geradezu eine Einladung an alle Wirrköpfe, Pegidas und Rassisten dieser Welt, sich dahin aufzumachen und dort Krawall zu machen, wenn nicht gar Schlimmeres? – Überlegen Sie sich mal, welche Konsequenzen genau diese Einrichtungen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Deswegen fordere ich Sie auf - -

(Weitere Zurufe von der CSU)

Eines sollten wir auch nicht verschweigen: Die meisten Flüchtlinge aus den Balkanländern sind Roma. Das sollten wir ganz deutlich sagen. Heute steht es in der "Süddeutschen". Hinter dem Sammelbegriff "Flüchtlinge vom Balkan" verbergen sich mehrheitlich Roma. Sagen Sie einmal, wollen Sie wirklich Sonderzentren für Roma in Deutschland haben? – Das können wir doch alle nicht wollen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Also bitte! Das geht wirklich zu weit!)

Ich fordere Sie auf: Kommen Sie zurück auf den Boden, zurück zu einer humanen Flüchtlingspolitik. Das können Sie nämlich nicht mehr einfangen. Wenn Sie dieses Zei-

chen nach außen setzen, werden Sie mit der Lebensrealität richtig konfrontiert werden, Herr Seehofer. Deswegen ist die Einrichtung dieser Sonderzentren falsch und verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ja, es geht um die Lösung von Problemen. Mit Scharfmacherei löst man allerdings keine Probleme, sondern schafft neue.

(Peter Winter (CSU): Da haben Sie recht! Haben Sie auch schon die Erfahrung gemacht?)

Wenn es wirklich um den Schutz, um die Bewältigung und Lösung von Problemen geht, sind wir hier und vor Ort immer mit dabei.

(Lachen bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Von wegen! Wo ist denn auch nur ein einziger konkreter Vorschlag?)

Es geht darum, den gesellschaftlichen Frieden, ein unglaublich hohes Gut, zu erhalten und ihn nicht mutwillig zu zerstören.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann stehen Sie auch dazu und bringen Sie mal einen Beitrag zur Lösung!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Bause, bitte kommen Sie an das Rednerpult zurück. Herr Kollege Dr. Herrmann hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Kollegin Bause, es war gut, dass Sie für die GRÜNEN noch einmal gesprochen haben, weil dadurch deutlich wurde, dass seitens der GRÜNEN keinerlei konstruktive Ansätze zur Lösung der Probleme vorhanden sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe eine konkrete Frage: Frau Kollegin Kamm hat bestätigt, dass die Anerkennungsquote der Flüchtlinge aus dem westlichen Balkan sehr gering ist. Ich frage Sie: Wirken die GRÜNEN daran mit, für weitere sichere Drittstaaten zu sorgen? Oder lehnen Sie das weiterhin ab?

(Beifall bei der CSU)

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Herrmann, Sie scheinen ein Wahrnehmungsproblem zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

In jeder Sitzung machen Frau Kollegin Kamm und ich ganz konkrete Vorschläge. Dazu zählen Ankunftszentren in ganz Bayern, die Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Bayern, die Straffung der Verfahren, die Einstellung von neuem Personal. Sind das keine konkreten Vorschläge? - Weiter schlagen wir die Verbesserung der Integration, die Ausweitung der Deutschkurse und die Möglichkeit, dass Flüchtlinge hier eine Ausbildung machen und hierbleiben können, vor. Das ist eine Latte konkreter Vorschläge. Ich gebe sie Ihnen gerne schriftlich, damit Sie alles nachlesen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Sie werden das Problem so nicht lösen!)

Zu den Flüchtlingen aus den Balkanländern: In der Tat ist die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus dem Balkan gering. In der Tat ist das Asylrecht für die Probleme, die in den Balkanstaaten bestehen, zum Großteil nicht das richtige Instrument. Wir brauchen andere Instrumente.

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Sichere Drittstaaten!)

Deswegen frage ich mich, warum Sie einen Antrag ablehnen, der für vermehrte Wirtschaftskontakte und eine engere Wirtschaftszusammenarbeit mit den Balkanländern eintritt.

(Widerspruch bei der CSU)

– Bitte lassen Sie mich ausreden. – Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Das hat Frau Kollegin Kamm ebenfalls gesagt. Außerdem brauchen wir endlich eine funktionierende Roma-Strategie. Wir waren vor Kurzem in Rumänien und haben dort mit Vertretern der Europäischen Kommission gesprochen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Jetzt seien Sie doch einmal ruhig. – In der Tat ist es so, dass dorthin sehr viel europäisches Geld fließt. Das Geld fließt jedoch in die falschen Kanäle und landet nicht an den richtigen Stellen. Das Geld landet nicht bei denjenigen, die die Hilfe brauchen. Wir müssen die Strategie ändern. Wir können nicht viel Geld bereitstellen, wenn es nicht die richtigen Leute erreicht. Das heißt, wir müssen endlich eine gesamteuropäische Roma-Strategie erarbeiten. Es darf nicht sein, dass diese Volksgruppe im 21. Jahrhundert in dieser Art und Weise weiter diskriminiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sichere Drittstaaten!)

Ich erwarte von Ihnen endlich Antworten.

Zu den sicheren Drittstaaten: Ich frage mich, warum Sie Angst vor einer Evaluierung der Ergebnisse der bisherigen Einstufungen der sicheren Drittstaaten haben. Dazu zählt Serbien. Wir haben drei Länder als sichere Drittstaaten eingestuft. Im Rahmen der letzten Ministerpräsidentenkonferenz wurde darüber diskutiert, die Ergebnisse dieser Einstufungen zu evaluieren, um zu sehen, ob dieses Instrument etwas gebracht hat und das richtige ist. Wer hat sich gegen die Evaluierung gesperrt? – Das war der bayerische Ministerpräsident. Man muss doch zuerst prüfen, ob eine Maßnahme sinnvoll ist, bevor man sie auf andere Länder ausweitet. Deswegen sage ich: Lassen Sie uns erst einmal schauen, ob das das richtige Instrument ist, bevor Sie die nächsten Länder als sichere Herkunftsländer einstufen.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Zahlen der Flüchtlinge aus Serbien waren nach der Einstufung nicht geringer als vor der Einstufung. Das heißt, es funktioniert nicht. Dieses Instrument funktioniert nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass laut Geschäftsordnung eine Zwischenfrage vorliegt. Ich habe Ihnen zusätzlich schon 1 Minute und 30 Sekunden gegeben.

Margarete Bause (GRÜNE): – Gut. - Deswegen sage ich: Dieses Instrument ist nicht das richtige. Das erkennen Sie, wenn Sie sich die Zahlen der Flüchtlinge aus Serbien ansehen. Wir müssen uns gemeinsam etwas anderes überlegen. Ihre Einstufung wird das Problem nicht lösen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Viel geredet, nichts gesagt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Wir haben in Bayern einen Ministerpräsidenten der vielen Gesichter. Herr Seehofer, Sie haben heute eine sehr staatstragende, nahezu landesväterliche Rede gehalten. Sie haben betont, dass Bayern ein weltoffenes Land ist. Ich beobachte Ihre Politik seit vielen Jahren. Ich möchte in keinster Weise leugnen – das ist meine tatsächliche Überzeugung –, dass Sie im Kern eine zutiefst sozialliberale Grundhaltung haben. Herr Ministerpräsident, umso erstaunter bin ich immer wieder, dass Sie dennoch immer wieder regelmäßig der Versuchung erliegen, diese sozialliberale Grundhaltung durch rechtspopulistische Töne zu zertrümmern und zu zerstören.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Der Ministerpräsident der vielen Gesichter hat im Jahr 2011 in einem "FOCUS"-Interview einen Einwanderungs-Stopp für Türken und Menschen aus arabischsprachigen

Ländern gefordert. Diese seien im Prinzip nicht zu integrieren. Dabei hat er wohl gewusst, dass gerade die Türken seit dem Jahr 2005 einen negativen Einwanderungssaldo aufweisen. Im Jahr 2012 hat er in Passau gepoltert, er werde sich bis zur letzten Patrone dafür einsetzen, dass es keinen Zuzug in die Sozialsysteme gebe.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das ehrt ihn!)

Bayern und Deutschland seien nicht das Sozialamt Europas. Zum Jahreswechsel 2013/2014 waren es die Rumänen und die Bulgaren, die dran glauben mussten: Bayern würde durch die europäische Freizügigkeit von Einwanderung aus diesen Ländern überschwemmt. Davon hat sich nichts bewahrheitet. Die Zahlen haben prompt, wie zuvor bei Tschechien und Polen, eine ganz andere Sprache gesprochen.

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie heute eine staatstragende Rede gehalten haben, fordere ich Sie auf, gerade in Zeiten, in denen in Bayern Flüchtlingsheime brennen, eine besonnene Sprache wie heute im Bayerischen Landtag bitte auch auf Parteitagen und in bayerischen Bierzelten zu pflegen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Heute sprachen Sie etwas schulmeisterlich, das Parlament müsse ein Seismograf der Lebenswirklichkeit sein. Das glaube ich Ihnen. Sie sind seit vielen Jahrzehnten Parlamentarier. Darf ich Sie jedoch daran erinnern, dass dieser Bayerische Landtag seit Jahr und Tag ganz konkrete Konzepte sowie ganz konkrete Anträge zu einer aktiven humanitären Flüchtlingspolitik eingebracht hat? - Es war die linke Seite dieses Parlaments, die bereits im Jahr 2010 beantragt hat, neue Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern zu errichten. Das gilt auch für die Jahre 2011, 2012 und 2013.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Ihre Regierung mit Frau Haderthauer hat den Oberbürgermeistern in diesem Land schriftlich mitgeteilt: Wir brauchen keine Erstaufnahmeeinrichtungen. - Dabei war an-

gesichts der Zahlen längst klar, dass wir diese Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen. Herr Ministerpräsident, hätten Sie auf dieses Parlament gehört, wären wir heute weiter.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Herr Seehofer, darf ich Sie daran erinnern, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge selbst in den letzten Jahren immer wieder mehr Personalstellen eingefordert hat? Seit vielen Jahren und während der Amtszeit des CSU-Innenministers Hans-Peter Friedrich sind alle einschlägigen Anträge sowohl vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch vom Deutschen Bundestag abgeschmettert worden. Unter der Führung eines CSU-Innenministers wurde keine einzige neue Personalstelle geschaffen. Das ist ein Problem. Darauf hätten Sie eingehen sollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darf ich Sie daran erinnern, dass dieses Parlament mehrfach, auch heute mit einem Antrag der FREIEN WÄHLER, gefordert hat, mehr Verwaltungsrichter einzustellen, damit eine entsprechende Beschleunigung bei den Verfahren erreicht werden kann? - Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder solche Anträge eingebracht. So viel zum Thema "Seismograf Parlament". Sie haben diese Anträge abgeschmettert, und heute führen Sie sich am Mikrofon wie der Oppositionsführer auf. Herr Seehofer, Sie regieren! Sie hätten das umsetzen können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Dr. Merk ist mehrfach auf den Westbalkan gereist und hat dort in großen Presseerklärungen angekündigt, dass dort humanitäre Leistungen vorangebracht und die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt werden müssten. Frau Dr. Merk hat als Ministerin überhaupt keinen Haushalt. Unsere Anträge, die wir in diesem Parlament gestellt

haben, dass genau das Realität werden soll, haben Sie, Frau Dr. Merk, abgelehnt. So viel zum Thema "Seismograf Parlament".

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Ihnen deshalb leider vorhalten: Großes Reden bedeutet noch lange kein gutes handwerkliches Regierungshandeln. Das haben wir zuletzt bei der Maut und beim Betreuungsgeld gesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen das auch seit Jahren in der Flüchtlingspolitik des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Leider ist meine Redezeit schon am Ende angekommen. Sie hatten 25 Minuten, ich habe nur 5. So ist das. Ich hätte noch viel zu sagen. – Ich wünsche mir, dass wir am Ende zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren, wie das die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin am 18. Juni besprochen haben.

(Jürgen W. Heike (CSU): Macht doch mit!)

Damals wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, unter anderem, dass wir uns das Thema "sichere Herkunftsländer" nach der Evaluierung noch einmal gemeinsam anschauen. Wir waren bereits auf einem guten Weg; die CSU, die CDU, die SPD und sogar der grüne Ministerpräsident waren mit im Boot. Was machen Sie? – Anstatt konkretes Regierungshandeln auf den Weg zu bringen, gab es in den nächsten Tagen parteipolitisch geprägte Töne hier im Bayerischen Landtag und auf Ihren Parteitagen, Rot-Grün solle sich endlich bewegen. Dabei waren die entsprechenden Beschlüsse bereits auf den Weg gebracht. Meine Damen und Herren, so kann man Politik nicht betreiben. Das kann aus unserer Sicht nicht funktionieren. Betreiben wir gemeinsam eine verantwortungsvolle und entschlossene Integrations- und Flüchtlingspolitik, die im Verwaltungs- und Regierungshandeln dem Rechtsstaat und der Humanität verpflichtet ist!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Stehender Beifall bei einigen Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Netter Versuch! – Volkmar Halbleib (SPD): Ihr lacht über euch selbst! Das ist euch bloß nicht aufgegangen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Debatte wirklich nicht verlängern, aber ich muss auf einen Punkt eingehen. Diese immer wieder geäußerte Bemerkung über die vielen Gesichter berührt mich nicht besonders. Diese Strategie ist schon einmal gescheitert. Deshalb sitzen von 180 Abgeordneten 101 bei der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden in meiner Amtszeit, in diesen sieben Jahren, bei dem, was ich gesagt, zugesagt oder versprochen habe, nichts finden, was nicht erfüllt wurde.

(Lachen bei der SPD)

- Sie können gerne so weitermachen. Sie befinden sich auf dem gleichen Weg wie Ihre thüringischen Kollegen. – Ich gehe nur auf den Punkt Sozialleistungen ein. Was sind wir und ich persönlich für den Satz "keine Zuwanderung in die Sozialsysteme" gescholten worden! Es gab eine große Empörung, das übliche Ritual. Man musste nur abwarten, bis sich die ganzen Empörungen wieder gelegt haben. Dann hat die Bundesregierung, die Koalition, in vollem Einvernehmen eine Kommission unter Führung der SPD eingesetzt.

(Markus Rinderspacher (SPD): So macht man das, Herr Ministerpräsident! – Thomas Kreuzer (CSU): Bei Ihnen passiert gar nichts!)

Dann ist alles abgeklopft worden, was in der deutschen Gesetzgebung verändert werden muss, damit es zu keiner Zuwanderung in die Sozialsysteme kommt. Das Gesetz ist vom Deutschen Bundestag verabschiedet und vom Deutschen Bundesrat durchgewunken worden. Am Ende dieser ganzen Empörung stand genau das, was wir wollten, nämlich die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, damit es zu keiner Zuwanderung in die Sozialsysteme kommt. Das war die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Nach den Gesprächen, die ich gestern in Berlin und mit den Ministerpräsidenten geführt habe, sage ich Ihnen voraus: Sie werden erleben, dass die Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung des Missbrauchs und zur Herstellung der Gerechtigkeit beschlossen haben, in sehr kurzer Zeit allgemeiner deutscher Standard sein werden. Das wollte ich hier nur sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Weil das in Berlin schon beschlossen wurde!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Dabei werden die Anträge wieder getrennt. Die CSU-Fraktion hat für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) auf der Drucksache 17/7683 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/7684 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Das ist die CSU-Fraktion. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/7675 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was ist mit der SPD? – Volkmar Halbleib (SPD): Zustimmung! Das ist schon bestätigt! – Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben verschlafen!)

Herr Halbleib, es war nur Ihre Hand oben. Ich gehe davon aus, dass die gesamte Fraktion der SPD dem Antrag zugestimmt hat.

(Lachen bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war unnötig, weil ich es deutlich gemacht hatte!)

– Entschuldigen Sie bitte, abstimmen müssen Sie alle schon noch selbst. Jetzt haben wir es aber. Herr Kollege Halbleib, bei Ihrer Fraktion hatten nur Sie die Hand oben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Verschlafen, wie in der Asylpolitik! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein sehr geistreicher Vortrag, Herr Kollege!)

Damit beenden wir das. Wir nehmen auf: Die SPD hat diesem Antrag auch zugestimmt. Dennoch ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/7676.

(Namentliche Abstimmung von 11.29 bis 11.34 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis später bekannt.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch ein Ergebnis bekannt geben, und zwar das der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Jetzt umsteuern: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit schaffen!", Drucksache 17/7676: Mit Ja haben 88 gestimmt, mit Nein haben 57 gestimmt. Es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion CSU; Jetzt umsteuern: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit schaffen! (Drucksache 17/7676)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			X
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	88	57	16